

Antrag 004: Für einen Staat, der es einfach macht – Föderalismus neu denken mit weniger Regeln, klaren Zuständigkeiten und mehr Digitalisierung!

Antragsteller*in:	Benjamin Strasser (KV Ravensburg), KV Ravensburg (LV Baden-Württemberg)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Deutschland steht vor tiefgreifenden gesellschaftlichen und globalen Umbrüchen:
2 Demografischer Wandel, grundlegende Veränderungen durch neue Chancen der
3 Digitalisierung, internationale Krisen und gesellschaftliche Erwartungen stellen
4 unseren Staat auf die Probe. Der aktuelle Zustand ist geprägt von
5 Überregulierung sowie unklaren Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und
6 Kommunen. Im Alltag erleben viele Bürgerinnen und Bürger deshalb einen Staat,
7 der grundlegende Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen kann. Oftmals fehlt es
8 an einem verlässlichen Kinderbetreuungsangebot. Straßen und Brücken sind marode.
9 Die Bahn ist durch massive Verspätungen kein verlässliches Verkehrsmittel mehr.
10 Zeitnahe Arzttermine sind vielfach nicht zu bekommen. Und auch bei der Ordnung
11 und Steuerung der Migration bestehen weiterhin Defizite. Diese staatliche
12 Handlungsunfähigkeit untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die
13 Demokratie und den Rechtsstaat.
14 Wir als Freie Demokraten wollen das ändern. Baden-Württemberg und Deutschland
15 kann es sich nicht leisten, in diesem Wandel den Anschluss zu verpassen. Wir
16 Liberale stehen dafür, Freiheit, Bürgernähe und Effizienz zu verbinden – und
17 fordern eine grundlegende Staatsreform. Wir treten für einen Staat ein, der es
18 einfach macht.

19 Entscheidend ist nicht die Anzahl von Gesetzen, sondern 20 deren Qualität.

- 21 Deutschland leidet seit vielen Jahren an Überregulierung und
22 Überbürokratisierung. Schlecht gemachte Gesetze führen in der Praxis vor Ort
23 nicht nur zu Frust und Ärger bei den Betroffenen. Sie lähmen auch die staatliche
24 Handlungsfähigkeit.
25 Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass
26 • Bürokratieabbau eine Daueraufgabe ist, die alle staatlichen Ebenen angeht.
27 Wir treten dafür ein, dass im Bund und den Ländern über
28 Jahresbürokratieabbaugesetze Schritt für Schritt überflüssige Regeln
29 gestrichen werden.
30 • neben der Schuldenbremse auch eine Bürokratiebremse in die Landesverfassung
31 muss. Die sogenannte „One in, two out“ Regel, laut der für jedes neues
32 Gesetz zwei bestehende gestrichen werden, muss verfassungsrechtlich
33 abgesichert werden.

- Experimentierklauseln und Reallabore verstärkt in Gesetzen genutzt werden sollten. Sie geben Verwaltungen vor Ort die Möglichkeit bestimmte neue Instrumente unkompliziert auszuprobieren und so Erfahrungen zu machen.
- das Vergaberecht im Bund und in Baden-Württemberg umfassend vereinfacht werden muss, um Investitionen in Infrastruktur erheblich zu beschleunigen. Gerade mittelständischen Unternehmen und dem Handwerk muss es einfacher möglich sein, sich mit vertretbarem Aufwand um staatliche Aufträge zu bewerben.

Weniger Behörden, mehr Verantwortung, klare Zuständigkeiten

In den letzten Jahren ist der Staat mit seinen Beschäftigten in Bund und den Ländern massiv angewachsen. Laut Statistischem Bundesamt waren im Juni 2024 rund 5,4 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt — das sind 95.900 Personen oder 1,8 % mehr als noch im Jahr 2023. Damit arbeiteten 2024 knapp 12 % aller Erwerbstätigen in Deutschland im Staatsdienst. Dies ist das Ergebnis einer Entwicklung, bei der immer neue staatliche Aufgaben erfunden und mit Personal hinterlegt wurden. Was unser Land jetzt braucht, ist eine umfassende Aufgabenkritik und eine deutliche Reduktion des Personals in den Verwaltungen. Zudem ist durch eine zunehmende Mischfinanzierung zwischen dem Bund und den Ländern unklar geworden, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe zuständig ist.

Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass

- der Bund und die Länder zeitnah eine Föderalismuskommission III einrichten sollten, um die Zuständigkeiten im Föderalismus klarer zu regeln. Insbesondere bei der Durchführung von Abschiebungen, der Abwehr von Cyberangriffen auf den Mittelstand oder staatliche Behörden sowie der Inneren Sicherheit braucht es eindeutige Zuständigkeiten und einheitliche Standards.
- gerade in Aufgaben wie der Bildung wir neben vergleichbaren Standards mehr Autonomie vor Ort benötigen. Wir wollen den Schulen mehr Budgethoheit, Personalautonomie und pädagogische Freiräume geben, um die beste Bildung für unsere Kinder zu organisieren.
- die Fusion von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern im Jahr 1952 ein Erfolgsmodell war und Vorbild für andere Länder in Deutschland ist. Wir regen deshalb an, weitere Anläufe für Länderfusionen wie beispielsweise Berlin-Brandenburg zu initiieren.
- eine einheitliche Datenschutzaufsicht in Deutschland mehr Rechtssicherheit und schnellere Verfahren ermöglicht als 16 Landesdatenschutzbeauftragte und ein Bundesdatenschutzbeauftragter.
- es in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren eine umfassende Verwaltungsreform braucht. Wir schlagen vor, Regierungspräsidien und Regionalverbände aufzulösen sowie Landkreise perspektivisch zu größeren Kreisen zu fusionieren. So heben wir Effizienzen und beschleunigen Verfahren.

- der öffentliche Dienst für Quereinsteiger durch neue leistungsorientierte Karrieremodelle attraktiver werden sollte. Gleichzeitig sollte ein zeitlich begrenzter Wechsel von Beamtinnen und Beamten in die freie Wirtschaft leichter möglich gemacht werden. Dazu möchten wir das öffentliche Dienstrecht entsprechend modernisieren.

Ein digitaler Staat, der es einfach macht

Komplett digitale Verwaltungsverfahren, die der Bürger bequem vom heimischen Sofa aus erledigen kann, sind in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung noch Zukunftsmusik. Wir als Freie Demokraten wollen einen Staat, der es den Menschen einfach macht. Digitale, nachvollziehbare Lösungen sind dafür ein entscheidender Schlüssel. Viele Länder dieser Welt machen es Deutschland vor, wie es gehen kann.

Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass

- es in den kommenden Jahren mit der „Deutschland-App“ eine nationale digitale Plattform geben sollte, auf der Bürgerinnen und Bürger sämtliche Verwaltungsdienstleistungen erledigen können – unabhängig davon, ob sie in der Zuständigkeit von Bund, Ländern oder den Kommunen liegen. Als FDP haben wir dafür in der von uns getragenen Bundesregierung mit der Reform des Onlinezugangsgesetzes oder der Registermodernisierung wichtige Bausteine verabschiedet. Diese müssen jetzt zeitnah umgesetzt werden.
- Schriftformerfordernisse in Bundes- und Landesgesetzen sowie Rechtsverordnungen weitestgehend abgeschafft werden, um medienbruchfreie, digitale Lösungen rechtlich zu ermöglichen.
- die mehrfache Abfrage von Daten, die dem Staat an anderer Stelle bereits vorliegen, gesetzlich untersagt wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.